

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 15 Mt., vierteljährlich 45 Mt. ...



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schab; Druck: G. Neumann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands...

Hand weg vom Achtstundentag!

Von allen Unglücksstrahlen, die sich über die Welt ausbreiten, fröhen am widerwärtigsten die privatkapitalistische Heber gegen den Achtstundentag.

Auf der deutschdemokratischen Wirtschaftstagung, die Mitte September in Eisenach stattfand, haben sich die Mandatsträger der Partei...

die Schäden des Achtstundentags.

Vor allem kam die Feindschaft gegen den Achtstundentag zum Ausdruck in einem ausführlichen Referat von Karl Friedrich von Siemens.

Eine sonderbare Auffassung. In Amerika, wo die Justiz taufende Millionen ausstößt, zur Güte des Kapitals gemacht...

Doch darüber wollen wir mit Herrn v. Siemens nicht rechten, auch nicht darüber, daß er meint, Amerika helfe uns nicht...

Nicht die Inflation mit Sozialismus ist unser Angeld, sondern das Gegenteil.

Wahrscheinlich lebt sich das Profitstreben des Kapitalismus aus, unheimlich ist die Zahl volkswirtschaftlich schädlicher Parasiten im Handel...

deshalb soll unser Volk mehr arbeiten.

Herr v. Siemens sagte auf der demokratischen Tagung darüber: Der achtstündige Arbeitstag würde für die meisten Industrien ausreichen...

Wir stimmen Herrn v. Siemens zu, wenn er die Ausnutzung des Achtstundentags verlangt. Aber hat der ein Recht dazu, der morgens um 10 Uhr ins Amt kommt...

„Kaufkraft“ muß das Schlagwort für die Zukunft sein! Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik! Wenn es im bisherigen Tempo weitergeht...

Erhebungspolitik vom Schlage Stinnes-Röbling.

ohne Finanzminister à la Helfferich wären wir nicht so tief gesunken. Aber auch nach dem Krieg hätten wir nicht so tief zu sinken brauchen...

Nahgarnpreise, die 1000mal so hoch sind wie im Frieden. Aber dazu hätten wir mehr Sozialismus und weniger Kapitalismus...

Aber die bösen Bergleute! Sind sie nicht das eigentliche Stornier? Nach Siemens sieht es doch ganz so aus...

die Bergarbeiter verbitten sich auf das Gerüchte die keine Aufhebung der Bevölkerung gegen sie.

die nur betrieben werden kann von Leuten, die wirtschaftliche Tatsachen nicht kennen oder nicht kennen wollen. Zwar ist nach den amtlichen Statistiken die Leistung der Untertagearbeiter im Bergbau...

Steinkohle: Oberhiesien 15 (31,9), Niederhiesien 28,5 (42,6), Dortmund 37,6 (nördliches Revier 50,6, südliches 51,9)...

Werkstoff liegt es beim Salz- und Erzbergbau. Hier liegt ein Teil des Schicksals für den Rückgang der Förderung!

Auch Herr Dr. Winkernell, volksparteilicher Landtagsabgeordneter und Sachwalter der Kohlenindustriellen im preussischen Landtag...

alte Fehler vom Rückgang der Kohlenzeugung

von 900 auf 530 Millionen pro Arbeiter, ohne dabei den Rückgang der Bauerschaft zu erwähnen oder auch nur irgendwie Rücksicht zu nehmen auf die nach Menge und Wert gewaltig gestiegene Herstellung von Nebenprodukten.

Wir begreifen Herrn Dr. Winkernell, daß er die Summe für die Auslandskohle möglichst hoch angibt, aber er sollte doch nicht die Kohle nach dem Kalorienwert summieren...

aber diese Schuld gebe man bitte nicht den Bergleuten!

Gäßen die Unternehmer den Montestart nicht drei Vierteljahre verschleppt, so hätten wir vielleicht schon im Frühjahr ein Uebersehensabkommen gehabt...

Natürlich wehrt auch Herr Dr. Winkernell gegen das „Achtstundendogma“, das mit der Siebenstundendogma den deutschen Bergbau täglich 80000 Tonnen Kohle koste.

Wir finden das Wirtschaften der Kohlenherren aus der Tasche des Volkes „großartig“ genug! Es ist leider eine Tatsache, welche die Arbeiterorganisationen noch nicht ändern konnten...

Wir finden das Wirtschaften der Kohlenherren aus der Tasche des Volkes „großartig“ genug! Es ist leider eine Tatsache, welche die Arbeiterorganisationen noch nicht ändern konnten...

In Willigkeit keigerte man trotz der Bedenken der Arbeitnehmer und der Regierung um 2500 Mark.

Wirklich: über den Mangel an Großzügigkeit der Unternehmer können wir uns nicht beklagen. Herr Dr. Winkernell!

Die Hauptschuld an unserer Kohlenlage trägt nach Winkernell die Siebenstundendogma und dem Achtstundentag das Genid umzudrehen. Aber das ist heute nicht möglich...

„An ihm ist nicht zu rütteln, er ist Gesetz!“

Natürlich wäre auch Herr Dr. Winkernell dabei, wenn es möglich wäre, der Siebenstundendogma und dem Achtstundentag das Genid umzudrehen. Aber das ist heute nicht möglich...

Zur neuen Beitragserhöhung im Bergarbeiterverband.

„Wozu schon wieder Beitragserhöhung?“ So wird mancher Kamerad fragen, wenn er in Erfahrung bringt, daß im Anschluß an die im September eingetretene Lohnsenkung eine neue Beitragserhöhung erfolgt...

Eine Organisation, die diesen Grundlag außer Acht läßt, verfehlt ihren letzten Satz und damit auch ihr Ansehen und die Mächtigkeit, welcher sie für ihre Mitglieder erfolgreich Arbeit leisten zu können.

Die dann eintretende Schwächung der Kampforganisationen wird von diesen Kurzsichtigen übersehen und erst dann bemerkt werden, wenn es zu spät ist...

Der sozialistische Aufbau und Kennnis der Bergarbeiterbewegung zeigt es ebenfalls nicht, wenn heute immer wieder noch mit dem alten Einwand operiert wird...

Richtig ist, daß im Jahre 1914 ein Beitrag von 0,30 Mt. über ein Anstieg des Durchschnittslohnes pro Schicht als Nebenbeitrag gezahlt wurde, was bei den Löhnen ab 1. September ebenfalls noch der Fall ist.

Alles dies ist schon so oft gesagt und geschrieben worden, daß es eigentlich nicht mehr erforderlich sein dürfte, bei jeder Beitragserhöhung immer wieder deren Notwendigkeit zu begründen.

Diesen Kurzsichtigen oder Beitragsscheuen können die Vorgänge in der Bergarbeiterbewegung aus der Vorkriegszeit nicht mehr in Erinnerung zu sein. Sie scheinen vergessen zu haben, wie die Bergarbeiter und vor allem die Organisationen von den Unternehmern behandelt wurden.

Eine Organisation ohne Vermögen, wenn auch mit noch so viel Kapitalismus (der nichts kostet), wird nicht insstande sein, Verschleissungen abzuwehren oder noch weitere Verbesserungen herauszuholen.

Wird Kapitalismus und letzten Taktiken wie die Arbeiterbewegung bei ihren Kämpfen bis heute immer noch schlecht beraten. Das wird auch für die Folgezeit so bleiben...

Nicht aus eigenem Interesse heraus geschieht es, wenn heute die Bergarbeiterbewegung gezwungen ist, die Beiträge der Geldentwertung immer anzupassen, sondern im Interesse des Gesamtverbandes und seiner Mitglieder.

Alles dieses muß gesagt werden, um unsere Mitglieder auf die Verantwortung aufmerksam zu machen, die sie mit dem Verbandsaufbau übernehmen, wo es einer der Selbstbestimmung angepaßten Beitragserhebung entspricht. Der Aufbau des Verbandes hat bis heute die besten Erfolge erzielt. Dieser Erfolg ist nicht nur ein Resultat der Tätigkeit der Mitglieder, sondern auch ein Resultat der Tätigkeit der Organe des Verbandes. Die Organe des Verbandes sind die Organe der Selbstbestimmung der Mitglieder. Die Organe des Verbandes sind die Organe der Selbstbestimmung der Mitglieder. Die Organe des Verbandes sind die Organe der Selbstbestimmung der Mitglieder.

Im Braunlohlenbergbau: Halle (rechts der Elbe) 24,1, Halle (links der Elbe) 22,1, Lindehain 22,1.
 Im Salzbergbau: Halle 11,3, Clausthal 18.
 Im Erzbergbau: Mansfeld 26,3, Oberharz 29,8, Siegen 42,1, Rastau und Westlar 50,7.
 Der Barverdienst der Bauer betrug im Steinlohlenbergbau: Oberharz 215,72 M., Niederschlesien 165,86 M., Dortmund 190,21 M., am linken Rhein 202,20 M., bei Aachen 187,15 M.
 Im Braunlohlenbergbau: Halle (rechts der Elbe) 141,02 M., Halle (links der Elbe) 146 M., Lindehain 177,40 M.
 Im Salzbergbau: Halle 169,52 M., Clausthal 175,79 M.
 Im Erzbergbau: Mansfeld 152,38 M., Oberharz 148,29 M., Siegen 171,09 M., Rastau und Westlar 148,76 M.
 Eine Gesamtübersicht werden wir, wie oben schon erwähnt, in der nächsten Nummer veröffentlichen.

zweifelsohne jagt mehr, ist es falsch, auf der anderen Seite die Arbeiterlohnfrage überhaupt ein für allemal festzusetzen zu lassen. Die Arbeiterlohnfrage ist nicht die Bergarbeiterlohnfrage gemeint haben kann, denn er sagt selbst, ich würde bei diesem Vergleich wohl andere Wohnungen im Auge gehabt haben.
 Des Weiteren forderte ich, daß die planmäßige Gestaltung der Wohnbauten so einfach wie möglich sein sollte, und weiter, daß die Baukosten möglichst gering gehalten werden sollten. Insbesondere sollte man von unerprobten Erfindungen absehen. Ich nehme an, daß ich hierin mit Herrn Kaufsberg übereinstimme. Es ist nicht zu fordern, daß die städtebauliche Gestaltung keine übertriebene Ausdehnung aufweisen dürfe, da lange Straßen heute kaum noch zu bezahlen seien. Das ist eine Forderung, die von der Not unserer Zeit ganz von selbst diktiert wird und über die zu streiten angesichts der erschütternden Kosten einer Wohnung müßig ist.
 Soweit ich gegen diese Richtlinien etwa auch Fehler und Mängel beim Bau der Bergmannswohnungen zeigen, lege ich selbstverständlich Wert darauf, daß sie auch hier abgelehnt werden. Über diese Richtlinien sind, wie schon oben gesagt, durchaus nicht vom Standpunkt der Bergarbeiterwohnungen aus gemeint.

Wie hoch sind die Beiträge in den anderen Gewerkschaften?
 Der Verband der Bauarbeiter erhebt einen Stundenlohn als Wochenbeitrag 74 und 70 M. Der Verband der Zimmerer beträgt der Wochenbeitrag 73 M. oder einen Stundenlohn. Ferner erhebt von 1. Oktober ab der Buchdruckerverband einen Stundenlohn als Wochenbeitrag.

An die Beitragscheuen.
 „Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“
 So hört man diesen oder jenen sagen.
 Der dieses sagt, bedenkt nicht, was er spricht,
 Er will gewinnen, ohne was zu wagen.
 Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid,
 Der nicht als Gold in seinen Schnapsflask gleitet,
 Doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit,
 Was der Verband ihm mühevoll erarbeitet.

Es ist nicht zu fordern, daß die städtebauliche Gestaltung keine übertriebene Ausdehnung aufweisen dürfe, da lange Straßen heute kaum noch zu bezahlen seien. Das ist eine Forderung, die von der Not unserer Zeit ganz von selbst diktiert wird und über die zu streiten angesichts der erschütternden Kosten einer Wohnung müßig ist.
 Soweit ich gegen diese Richtlinien etwa auch Fehler und Mängel beim Bau der Bergmannswohnungen zeigen, lege ich selbstverständlich Wert darauf, daß sie auch hier abgelehnt werden. Über diese Richtlinien sind, wie schon oben gesagt, durchaus nicht vom Standpunkt der Bergarbeiterwohnungen aus gemeint.

Bergarbeiterlöhne im 2. Vierteljahr 1922.

Die amtliche Statistik über die Bergarbeiterlöhne im 2. Quartal, über die wir eine ausführliche tabellarische Übersicht in der nächsten Nummer veröffentlichen, bringt verschiedene interessante Aufschlüsse. Die steigende Bedeutung der Nebenbetriebe hervor. Von 478 157 Arbeitern im Oberbergamtsbezirk Dortmund waren 31 343 in Nebenbetrieben beschäftigt, von 14874 im Aachener Revier 1916. Ueber die Löhne wurden geteilt pro Arbeiter in Oberharz 7,0 in Niederschlesien 3,2, in Dortmund 4,6, am linken Rhein 3,4, im Aachener Revier 10,1. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund wurden im ganzen 2 187 515 Ueberstunden geleistet, davon in Nebenbetrieben 497 329. Ueber die Ueberstunden ist für die Arbeiter eine Mitteilung, daß der Barverdienst einschließlich der Versicherungsbeiträge der Arbeiter, die zwischen 3,11 und 3,68 M. schwanden, betrug:
 Im Steinlohlenbergbau: Oberharz 161,43 M., Niederschlesien 138,11 M., D.-S. Dortmund 178,90 M., am linken Rhein 173,76 M., im Aachener Revier 161,11 M.
 Im Braunlohlenbergbau: Halle (rechts der Elbe) 141,98 M., Halle (links der Elbe) 146 M., Lindehain 177,40 M.
 Im Salzbergbau: D.-S. Halle 144,25 M., D.-S. Clausthal 146,80 M.
 Im Erzbergbau: Mansfeld 131,33 M., Oberharz 124,49 M., Siegen 143,77 M., Rastau und Westlar 135,17 M.
 Aus den Spezialnachweisungen ist ersichtlich, wie sehr die Gewerkschaften zurückgegangen sind. Es entfallen auf die Gesamtzahl der Arbeiter:

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“
 Ein Wort fürwahr, das seinen Sprecher richtet.
 Ist es dir gleich, wenn dein Verband zerbricht?
 Ob deinen Schutz das Kapital vernichtet?
 Dann kommt die Zeit, wo wiederum wie einst
 Die Wölfe wild und ohne Dammung hängen.
 Dann laßt der Büffel, wenn du klagst und weinst,
 Dann wird er noch ans Aussehen dich gewöhnen.
 „Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“
 Kann man mit Männern, die dies Wort betreten,
 Die Welt erobern, Freude, Brot und Licht,
 Wenn sie ein Opfer darzubringen können?
 Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht,
 Sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen.
 Drum gilt es, Freund, im täglichen Verkehr
 Das Schwert der Tat mit Opferinn zu wehen!
 Viktor Kolinowski

Es ist nicht zu fordern, daß die städtebauliche Gestaltung keine übertriebene Ausdehnung aufweisen dürfe, da lange Straßen heute kaum noch zu bezahlen seien. Das ist eine Forderung, die von der Not unserer Zeit ganz von selbst diktiert wird und über die zu streiten angesichts der erschütternden Kosten einer Wohnung müßig ist.
 Soweit ich gegen diese Richtlinien etwa auch Fehler und Mängel beim Bau der Bergmannswohnungen zeigen, lege ich selbstverständlich Wert darauf, daß sie auch hier abgelehnt werden. Über diese Richtlinien sind, wie schon oben gesagt, durchaus nicht vom Standpunkt der Bergarbeiterwohnungen aus gemeint.

Die Ueberstunden im Bergbau im Dienste der Gemeinwirtschaft.

Der Verbandsvorstand hat am Reichswirtschaftsminister, den Reichsstaatsminister und den Reichsstaatsminister für die Kohlenindustrie folgende Eingabe gerichtet:
 In der letzten Sitzung des Reichsstaatsrats ist ein Antrag gestellt worden, die Treibhelfer für Bergmannswohnungen sollen diejenigen Kohlenminen, die zur Herstellung der von ihnen benötigten Kohlenstoffe erforderlich sind, gegen Abrechnung aus dem Kohlenfonds zur Verfügung gestellt erhalten, damit sie mit den Baukostenproduzenten Lieferungsverträge abschließen können.
 Gegen diesen Antrag hat sich der Herr Reichsstaatsminister für die Kohlenindustrie geäußert, weil er in ihm eine nicht gerechtfertigte Bevorzugung einzelner Betriebe erblickt. Wir erlauben uns, auf die Angelegenheit zurückzukommen, um sie auf weiterem Untergrunde noch einmal zur Diskussion zu stellen. Nachdem die Ueberstunden der Bergleute ihre Früchte zu tragen anfangen und die Kohlenförderung steigen ist, erachtet es für die Aufrechterhaltung, vielleicht auch Steigerung dieser Mehrförderung erforderlich, daß die Arbeiter das Bewußtsein erhalten, daß dieser Mehrleistung nicht in erster Linie der privaten Wirtschaftlichen Interessen der Bergwerksbetreiber, sondern vielmehr der Gemeinwirtschaft zu dienen. Der Vorteil allein gangbare Weg dazu ist, daß die Kohle den Konsumenten als Tarifmittel in die Hand gegeben wird, um da, wo Produzenten in Ausbeutung ihrer Monopolstellung zu hermögliche Preise erheben, regulär eingepreist.
 Ein solcher Fall scheint bei dem Rheinisch-Westfälischen Zementverband vorzuliegen, über dessen Wirksamkeit uns der Verband sozialer Baubetriebe folgende Mitteilung macht. Der Zementverband will nach seinen Angaben die Konkurrenz der Gesellschaft unter sich beseitigen, beimögliche Verkaufspreise erzielen, Aufwendungen zur Verbindung von Neugründungen machen usw.
 Die Beseitigung der Konkurrenz bedeutet aber, daß technisch vorzuziehende Werke mitgeleitet werden oder durch hohe Vergütungssprämien abgefunden werden. Darin liegt der Zwang der Allgemeinheit, diese Stilllegungsprämien, Werkschließungskosten, Abschreibungsansätze usw. auch für die nicht arbeitenden Werke mit zu bezahlen. Zur Erzielung desmöglichen Verkaufspreises wird die Nachfrage nach dem dringend benötigten Zement durch Zurückhaltung und Einschränkung künstlich gehindert. Den gegenwärtigen Selbstwertungsprozess machen sich die Werke durch lange Lieferungsfristen und durch sehr geringen Gehalt der noch billig eingelassenen Kohlenstoffe und billig fortgeführten Gals- und Fertigungsarbeiten in der geringsten Verkaufspreise in einseitiger Weise nutzlos. Der Verband sozialer Baubetriebe ist in der Lage, nachzuweisen, daß das Subsidium zum Zement um 46 Prozent billiger lassen konnte, nachdem er in der Lage war, mit einem neuen, noch außerhalb des Subsidiums stehenden Werke einen Lieferungsvertrag zu schließen. Dieses Angebot ist wohl der schlagende Beweis für das Vorher über die Subsidialpolitik. Geht die Subsidialpolitik hier in das Vorher, so daß zur Bedienung der durch den Wohnungsnot angeheuert Summen deutschen Nationalvermögens gedeckt werden müßten, ein Fortschritt der wirtschaftlichen Träger im Verband der sozialen Baubetriebe und der im angeschlossenen Baukulturen vorhanden ist, weil gerade hier der Beweis erbracht werden kann, daß die Kohle weitgehend gemeinwirtschaftlich wirken muß, wenn sie in die Hand des Verbandes sozialer Baubetriebe geht. Der von den Größten der Gewerkschaften geschaffenen Parallelsystematisierung, des Reichsverbandes deutscher Baukostenproduzenten, zur treuhänderischen Verwaltung gelegt wird, stellen wir den Antrag, daß bisher dem Zementverband zur

Verteilung unter seinen Mitgliedern überwiesene Kohlenkontingent zu verteilen und einen Teil dem Verband sozialer Baubetriebe zugewandt werden. Der Reichsverband deutscher Baukostenproduzenten zu überweisen, aber, wenn die Lage der Kohlenwirtschaft es irgend gestattet, einen Teil der mehrgeförderten Kohle, etwa 1,2 Millionen Tonnen im Jahr, außerhalb des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes bisher bewilligten Kontingents an den Verband sozialer Baubetriebe zu überweisen.
 Die zweite Eventualität, die stärkere Belieferung der Zementindustrie überhaupt, dürfte in kurzer Zeit eine Notwendigkeit werden, wenn nämlich durch die Auswirkung des an die Namen Luberfac-Sittnes geläufigen Treibhelferprogramms unser Zementmarkt auch für das Ausland mit zu sorgen hat.
 Vermittels der ihm zur Verfügung gestellten Kohle wird es der Verband sozialer Baubetriebe ermöglichen, daß die Zementproduktion erheblich rationeller gehalten, die Menge der Erzeugung vermehrt und der Preis verbilligt wird, ohne daß diesen Vorteilen irgendwelche nachteiligen Auswirkungen für die Volkswirtschaft gegenüberstehen.
 Bei etwaigen Verhandlungen über die Durchführbarkeit der Baukostenverbilligung durch den Verband sozialer Baubetriebe bitten wir Herrn Stadtbaurat a. D. Dr.-Ing. Wagner, den Geschäftsführer dieses Verbandes, hinzuzuziehen.

Zu obigen Darlegungen habe ich folgendes zu sagen: Herr Kappaport hat aus meinem Schriftsatz den Eindruck gewonnen, als sei ich über seine Ansicht in keinem Vortrage im Unklaren. Ich kann ihm nur versichern, daß ich ihn verstanden habe. Leider fehlt uns der Raum in der Zeitung zum Abrufen des ganzen Vortrages. Die Kameraden würden gleich wie ich dieselbe Schlussfolgerung aus dem Gesagten ziehen. Daß ich die Frage mehr oder weniger vom Standpunkt des Bergmanns betrachte, ist erklärlich, und Herr Kappaport freut sich sogar darüber. Anstatt dazu erkläre ich aber darüber, indem er die aufgestellten Richtlinien über das Wohnungswesen mit Material über die Bergmannswohnungen belegt. Was soll das heißen, wenn man Kohlenmaterial einer Zementkolonie hat und daraus die Schlussfolgerung zieht, daß gerade auf die einzelnen Bergmannswohnungen anderer Bergmannsmitglieder kommen als vor dem Kriege? Unter anderem vermahnt sich Herr K. gegen die Behauptung, als habe er einer Verringerung der Wohnfläche bei den Bergmannswohnungen das Wort geredet. Ich nehme freudig Kenntnis davon. Wenn ich zu der Auffassung gekommen bin, so hat nur der Vortrag Anlaß dazu gegeben, wo z. B. ein einzelner Fall über die nicht richtige Verwendung einer Bergmannswohnung herangezogen und dann gesagt wird: „Da ist jeder Kommentar überflüssig!“ Im Anschluß daran wird zum Ausdruck gebracht, daß bei der Ueberange in zahlreichen Wohnungen ganze Familien auf einen Raum angewiesen sind. Da müßte es einen doch bedenklich stimmen, daß wir bei unserer Raumforderung von 70 bis 80 qm Wohnfläche nicht viel zu weit gehen. Diese Ausführungen mußten den Eindruck bei mir hervorrufen, daß der Referent in erster Linie die Bergmannswohnungen im Auge hatte. Herr K. weiß gerade so gut wie ich, daß man an verhältnismäßig maßgebenden Stellen die 70 qm Bergmannswohnungen als zu reichlich betrachtet, er weiß, daß wir uns als Arbeitervertreter gegen eine Herabsetzung der Wohnfläche gewandt sind in sehr vielen Fällen das Gegenteil gefordert haben. Zur Begründung seiner Forderung hat Herr K. die Bergmannswohnungen herangezogen. Dazu sag kein Anlaß vor. Die Einzelfälle der unrichtigen Verwendung der Wohnungen dürfte nicht herangezogen werden, um so schlimmer ist es, wenn dann daraus so wichtige Schlussfolgerungen gezogen werden. Die augenblicklich festgesetzte Höchstgrenze der Wohnfläche bei den Bergmannswohnungen hat in den Regierungenstellen nicht überall z. B. Güte Herr K. zur Begründung seiner Forderungen das Material über die Bergmannswohnungen benutzt, welche weit über 70 bis 80 qm Größe aufweisen, und ebenfalls mit Mitteln der Allgemeinheit gebaut worden sind, wäre es zu keinem Mißverständnis gekommen. An vorwiegend der Weise die Bergmannswohnungen heranzuziehen und dann zu sagen, daß es einen doch bedenklich stimmen muß, ob wir mit unserer Raumforderung von mindestens 70 bis 80 qm nicht zu weit gehen, müßten mich veranlassen, die Frage zu besprechen. Ich bin gern bereit, in einzelnen Fragen und Forderungen mit Herrn K. zu gehen, habe es auch in dem ersten Schriftsatz gesagt, daß er verhältnismäßig gute Fingerzeige gegeben hat. Einer Herabsetzung der Wohnfläche von 70 und 80 qm werden wir aber trotz der, wenn Güte nicht zustimmen können. Dagegen würde ich sehr erfreut sein, wenn Herr K. uns auch gegen allgemeine Mißstände im Wohnungsbau stets energisch helfen möchte. So lese ich z. B. im „Berliner Tageblatt“, daß in Berlin 100000 Wohnungen für Spekulationen im Bau sind, bei denen man jede architektonische Schönheit über den Verstand setzt, von der uninteressanten Keit ab bis zur Verwendung kostbarer Materialien, erblickt. Ein Architekt erklärte dem Stadtschreiber a. D. Dr. August Müller, daß man mit dem Geld, das diese 100000 Wohnungen in Berlin kosten, 200000 beschickene Bergmannswohnungen bauen könnte. Und trotzdem wird nicht nur in Berlin? Was Herr K. hat nur im Industriegebiet, auch in Essen, unsehen. Er wird Lurus und Raumverwendung bei Bauten reichlicher Preise finden, der aber

Störung im Bau von Bergmannswohnungen.

Mit der plötzlichen im August einsetzenden Entwertung unserer Mark im Ausland mußten natürlich sofort alle diejenigen Stoffe und Waren im Preise steigen, die wir aus dem Auslande zu beziehen gezwungen sind. Dazu gehören von den Rohstoffen z. B. die Seife (Schmalz und Margarine) und von anderen für uns lebenswichtigen Stoffen die Baumstoffe. Nicht erforderlich war es, daß auch alle im Inlande erzeugten und von ausländischen Rohstoffen unabhängigen Waren sofort im Preise in die Höhe schwebten. Es ist trotzdem geschehen, weil durch die Bauenden Baukostensteigerungen schon unsere ganze Wirtschaft auf die Spekulation eingestellt ist. So steigen auch sofort die Ziegel-, Bauholz- und sonstigen Bauholzpreise, es folgten die Löhne und die Kohlen. Dadurch sind in verhältnismäßig kurzer Zeit die Baukosten auf das Doppelte bis Vierfache gestiegen. Die Abgabe vom Kohlensteuern, die zum Bau der Bergmannswohnungen dient, war schon im Anfang des Jahres von 6 M. auf 12 M. je Tonne Kohlen gestiegen. Jetzt hat ein Beschluß des Reichsstaatsrats sie auf 36 M. erhöht. Da aber diese Erhöhung zum ersten Male Ende Oktober in den Ueberweisungen der Kohlenindustrie für Monat September den Treuhändlern zusteht, so stehen im Augenblick nur so geringe Mittel zur Verfügung, daß die vorübergehende Stilllegung einer Anzahl von Baustellen notwendig geworden ist.
 Mit Bedauern sehen wir, daß die Öffnung zahlreicher Kameraden, noch in diesem Jahre in einer menschenwürdigen Wohnung unterzukommen, unerfüllt bleiben muß. Dafür aber wird mit dem während der Wintermonate eingelassenen Gelde im Frühjahr die Bauartigkeit wieder da sein. Es ist im dringenden Interesse aller Kameraden gewesen, wenn ein jeder sich für die Erhaltung der begonnenen, aber stillgelegten Bauten einsetzt und darauf achtet, daß nicht überflüssiges Baumaterial entfernt oder Kinder mit ihren Spielen die noch empfindlichen Bauten schädigen. Es handelt sich um Nationalvermögen, zu dessen Schutz ein jeder verpflichtet ist, an dessen Schutz aber wir Bergleute in erster Linie interessiert sind.

Zu obigen Darlegungen habe ich folgendes zu sagen: Herr Kappaport hat aus meinem Schriftsatz den Eindruck gewonnen, als sei ich über seine Ansicht in keinem Vortrage im Unklaren. Ich kann ihm nur versichern, daß ich ihn verstanden habe. Leider fehlt uns der Raum in der Zeitung zum Abrufen des ganzen Vortrages. Die Kameraden würden gleich wie ich dieselbe Schlussfolgerung aus dem Gesagten ziehen. Daß ich die Frage mehr oder weniger vom Standpunkt des Bergmanns betrachte, ist erklärlich, und Herr Kappaport freut sich sogar darüber. Anstatt dazu erkläre ich aber darüber, indem er die aufgestellten Richtlinien über das Wohnungswesen mit Material über die Bergmannswohnungen belegt. Was soll das heißen, wenn man Kohlenmaterial einer Zementkolonie hat und daraus die Schlussfolgerung zieht, daß gerade auf die einzelnen Bergmannswohnungen anderer Bergmannsmitglieder kommen als vor dem Kriege? Unter anderem vermahnt sich Herr K. gegen die Behauptung, als habe er einer Verringerung der Wohnfläche bei den Bergmannswohnungen das Wort geredet. Ich nehme freudig Kenntnis davon. Wenn ich zu der Auffassung gekommen bin, so hat nur der Vortrag Anlaß dazu gegeben, wo z. B. ein einzelner Fall über die nicht richtige Verwendung einer Bergmannswohnung herangezogen und dann gesagt wird: „Da ist jeder Kommentar überflüssig!“ Im Anschluß daran wird zum Ausdruck gebracht, daß bei der Ueberange in zahlreichen Wohnungen ganze Familien auf einen Raum angewiesen sind. Da müßte es einen doch bedenklich stimmen, daß wir bei unserer Raumforderung von 70 bis 80 qm Wohnfläche nicht viel zu weit gehen. Diese Ausführungen mußten den Eindruck bei mir hervorrufen, daß der Referent in erster Linie die Bergmannswohnungen im Auge hatte. Herr K. weiß gerade so gut wie ich, daß man an verhältnismäßig maßgebenden Stellen die 70 qm Bergmannswohnungen als zu reichlich betrachtet, er weiß, daß wir uns als Arbeitervertreter gegen eine Herabsetzung der Wohnfläche gewandt sind in sehr vielen Fällen das Gegenteil gefordert haben. Zur Begründung seiner Forderung hat Herr K. die Bergmannswohnungen herangezogen. Dazu sag kein Anlaß vor. Die Einzelfälle der unrichtigen Verwendung der Wohnungen dürfte nicht herangezogen werden, um so schlimmer ist es, wenn dann daraus so wichtige Schlussfolgerungen gezogen werden. Die augenblicklich festgesetzte Höchstgrenze der Wohnfläche bei den Bergmannswohnungen hat in den Regierungenstellen nicht überall z. B. Güte Herr K. zur Begründung seiner Forderungen das Material über die Bergmannswohnungen benutzt, welche weit über 70 bis 80 qm Größe aufweisen, und ebenfalls mit Mitteln der Allgemeinheit gebaut worden sind, wäre es zu keinem Mißverständnis gekommen. An vorwiegend der Weise die Bergmannswohnungen heranzuziehen und dann zu sagen, daß es einen doch bedenklich stimmen muß, ob wir mit unserer Raumforderung von mindestens 70 bis 80 qm nicht zu weit gehen, müßten mich veranlassen, die Frage zu besprechen. Ich bin gern bereit, in einzelnen Fragen und Forderungen mit Herrn K. zu gehen, habe es auch in dem ersten Schriftsatz gesagt, daß er verhältnismäßig gute Fingerzeige gegeben hat. Einer Herabsetzung der Wohnfläche von 70 und 80 qm werden wir aber trotz der, wenn Güte nicht zustimmen können. Dagegen würde ich sehr erfreut sein, wenn Herr K. uns auch gegen allgemeine Mißstände im Wohnungsbau stets energisch helfen möchte. So lese ich z. B. im „Berliner Tageblatt“, daß in Berlin 100000 Wohnungen für Spekulationen im Bau sind, bei denen man jede architektonische Schönheit über den Verstand setzt, von der uninteressanten Keit ab bis zur Verwendung kostbarer Materialien, erblickt. Ein Architekt erklärte dem Stadtschreiber a. D. Dr. August Müller, daß man mit dem Geld, das diese 100000 Wohnungen in Berlin kosten, 200000 beschickene Bergmannswohnungen bauen könnte. Und trotzdem wird nicht nur in Berlin? Was Herr K. hat nur im Industriegebiet, auch in Essen, unsehen. Er wird Lurus und Raumverwendung bei Bauten reichlicher Preise finden, der aber

Wohnungsnot und unberühene Bahner.

In der „Margener-Zeitung“ vom 2. September 1922 berichtet Herr Kaufsberg über einen Vortrag, den ich im Rheinischen Verein für Heimatpflege in Bonn am 24. Juni d. J. gehalten habe. Er besagt sich darin über verschiedene Äußerungen, von Teil auch über die ganze Richtung meines Vortrages. Ich hatte beim Lesen der Zeilen den Eindruck, als ob Herr Kaufsberg sich — vielleicht auf Grund unvollständiger Berichterstattung — über die ganze Richtung meines Vortrages im Unklaren befände. Ich hatte durchaus nicht die Absicht, über Bergarbeiterwohnungen zu sprechen, noch viel weniger habe ich gegen die Organisation der Bergarbeiter Vorwürfe erhoben. Es handelt sich um einen Vortrag ganz allgemeiner Art über das Wohnungswesen, der von beiden Seiten der Bevölkerung, auch von allen Gewerkschaften, Besuch und durchaus anzuhören wurde. Die Schlussfolgerungen meines Vortrages, die Herr Kaufsberg an die Spitze seines Artikels stellt, beziehen sich durchaus nicht auf den letzten Teil, sondern auf Bergarbeiterwohnungen oder haben gerade mit diesen im Zusammenhang. Ich habe in diesem Vortrag nicht den fern davon gedacht, daß ich aus einer Berichterstattung heraus jemand der Auffassung sein könnte, der Vortrag besähe sich auf Bergarbeiterwohnungen oder haben gerade mit diesen im Zusammenhang. Ich habe in diesem Vortrag nicht den fern davon gedacht, daß ich aus einer Berichterstattung heraus jemand der Auffassung sein könnte, der Vortrag besähe sich auf Bergarbeiterwohnungen oder haben gerade mit diesen im Zusammenhang.

legende Frage ausgelassen ist, daß er dann den Vortrag mit anderen Augen ansieht. Was ich will, ist nur, daß gewisse Ueberforderungen im Wohnungswesen, die nicht an der Zeit sind, abgelehnt werden, bis wenigstens der Reiz der Wohnungskosten gebrochen ist.
 Nun zu den einzelnen Äußerungen meines Artikels. Er sagt selbst, daß die Richtlinien meines Vortrages im ersten Augenblick bestechend seien. Ich möchte wünschen, daß er sie auch bei näherer Untersuchung, wenn er sie nicht mehr ausschließlich durch die Worte der Bergarbeiterwohnungen sieht, für richtig anerkennen. Daß die Zahl der Wohnungen wirklich der entsprechenden Familienzahl unterkommen gewachsen muß und daß sie an den Stellen gebaut werden müssen, wo sie wirtschaftlich notwendig sind, ist doch selbstverständlich. Ich habe in meinem Vortrag als Gegenbeispiel angeführt, daß man, anstatt der Kleinbauten Wohnungen zu bauen, häufig Wohnungen für landliche Kleinrentner u. dergl. baut, die von der Landwirtschaft nichts verstehen. In dieser Richtung bewegte sich meine Absicht, wenn ich sagte, daß die Wohnungen an der wirtschaftlich richtigen Stelle gebaut werden müssen, nämlich dort, wo heute eine rege Industrie, z. B. der Kohlenbergbau, unbedingte Wohnungen erfordert.
 Des Weiteren habe ich als Richtlinie gesagt, daß die Raumforderungen bis zur Befriedigung der dringenden Wohnungsnot eingeschränkt werden müssen. Ich nehme an, auch hierin wird mir Herr Kaufsberg zustimmen. Ich nehme an, auch hierin wird mir Herr Kaufsberg zustimmen.

legende Frage ausgelassen ist, daß er dann den Vortrag mit anderen Augen ansieht. Was ich will, ist nur, daß gewisse Ueberforderungen im Wohnungswesen, die nicht an der Zeit sind, abgelehnt werden, bis wenigstens der Reiz der Wohnungskosten gebrochen ist.
 Nun zu den einzelnen Äußerungen meines Artikels. Er sagt selbst, daß die Richtlinien meines Vortrages im ersten Augenblick bestechend seien. Ich möchte wünschen, daß er sie auch bei näherer Untersuchung, wenn er sie nicht mehr ausschließlich durch die Worte der Bergarbeiterwohnungen sieht, für richtig anerkennen. Daß die Zahl der Wohnungen wirklich der entsprechenden Familienzahl unterkommen gewachsen muß und daß sie an den Stellen gebaut werden müssen, wo sie wirtschaftlich notwendig sind, ist doch selbstverständlich. Ich habe in meinem Vortrag als Gegenbeispiel angeführt, daß man, anstatt der Kleinbauten Wohnungen zu bauen, häufig Wohnungen für landliche Kleinrentner u. dergl. baut, die von der Landwirtschaft nichts verstehen. In dieser Richtung bewegte sich meine Absicht, wenn ich sagte, daß die Wohnungen an der wirtschaftlich richtigen Stelle gebaut werden müssen, nämlich dort, wo heute eine rege Industrie, z. B. der Kohlenbergbau, unbedingte Wohnungen erfordert.
 Des Weiteren habe ich als Richtlinie gesagt, daß die Raumforderungen bis zur Befriedigung der dringenden Wohnungsnot eingeschränkt werden müssen. Ich nehme an, auch hierin wird mir Herr Kaufsberg zustimmen. Ich nehme an, auch hierin wird mir Herr Kaufsberg zustimmen.

Wollwirtschaftliche Rundschau.

Stinnes als Wegbereiter des Sozialismus.

Die „Deutsche Zeitung“, das rechtssozialistische Berliner Blatt, veröffentlicht eine Aufschrift von industrieller Seite zum Abkommen Stinnes-Lubersac. Darin heißt es:

„So dürfte der Vertrag Stinnes-Lubersac die Ursache werden, eine Art Verkrüftung jenseits aller derartigen Betriebe, die Bau-stoffe für Häuser liefern, herbeizuführen. Das wird dazu führen, daß im Binnenlande kein Mensch mehr in der Lage sein wird, irgendetwas von diesen Sachen zu kaufen, da die Preise jetzt einen einigermassen freien Wettbewerb nicht mehr erlauben können. Im Gegenteil, man wird die Preise zahlen müssen, welche die Macht des Trustes diktiert. Es kommt hinzu, daß auch, wenn Stinnes selber an den Lieferungen nur im geringsten Grade durch eigene Werke beteiligt ist, er durch die außerordentliche Gewalt, die dieser Vertrag in seine Hand gibt, in die Lage versetzt werden, ja geradezu gezwungen wird, die sämtlichen Leistungen unter jener gewaltigen und tatkräftigen Hand zu vereinigen.“

Aus diesen Tatsachen wird dann gefolgert, daß wir alsbald einen Zustand vor uns haben können, wo die Wollstoffe der Exportation der Exportateure noch vereinfacht wird. Das ist die Meinung der „Deutschen Zeitung“. Sie bekämpft also Stinnes, weil er nicht nur Textiler und Ausbeuter ist, sondern auch, weil er Wegbereiter der sozialistischen Ideen sei. Das Blatt hat durchaus nicht so unrecht. Richtig ist auch mit der Stinnes'schen Wegbereitung für den Sozialismus nicht gebüht, wir können und wollen die Konzentrationsentwöhnung der Industrie nicht aufhalten, müssen aber durch starke Organisationen dafür sorgen, daß diese Entwöhnung nicht auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Volksschichten geschieht.

Der Reallohn des russischen Arbeiters.

Die Kommunisten verkümmern jeden Erfolg der deutschen Gewerkschaften mit dem Hinweis darauf, daß der Reallohn des deutschen Arbeiters mit der Geldentwertung nicht gleichen Schritt halte, daß der Arbeiter trotz erhöhten Lohnes kaum mehr verdienen könne. Wir weisen schon darauf hin, daß die Entwertung des Reallohnes nirgends schlimmer in Erscheinung tritt als in Rußland. Nach dem offiziellen Blatt „Trud“ („Die Arbeit“ — Nr. 89/1922) fand der Durchschnittslohn geleiteter Arbeiter vom November 1921 bis März 1922 von 102 auf 425 Prozentsteigerung oder von 100 auf 39 Prozent. Wenn man Preise und Löhne im November 1921 mit 100 ansetzt, so stiegen bis Mai 1922 die Preise auf 1320, also das fünfzehnfache, die Preise auf 6000, also das sechzigfache. In Papiertulch betrug nach der amtlichen „Ekononitscheskaja Schijn“ („Das wirtschaftliche Leben“) der Lohn eines mittleren Arbeiters in Moskau im Januar 1921: 119 418 Rubel, im Juni 1921: 138 381 Rubel, im Dezember 1921: 2 278 600 Rubel, im April 1922: 23 500 000 Rubel. Weit stärker noch wie diese Löhne sind aber die Preise gestiegen. In Moskau betrug der Preis für ein Pfund Roggenbrot 138 700 R. in der ersten, 138 600 R. in der zweiten Aprilwoche, Weizenbrot 300 000 R. in der ersten, 345 000 Rubel in der zweiten Aprilwoche, Kartoffeln 26 700 R. in der ersten, 36 300 R. in der zweiten Aprilwoche, Rindfleisch 415 000 R. in der ersten, 1 112 500 R. in der zweiten Aprilwoche.

Nach diesen amtlichen Angaben konnte also der russische Durchschnittsarbeiter für seinen Aprillohn kaufen: noch nicht 170 Pfund Roggenbrot oder 68 Pfund Weizenbrot oder 670 Pfund Kartoffeln oder 21 Pfund Rindfleisch. So elend es uns auch in Deutschland geht, etwas höher ist der Reallohn in Deutschland doch noch. Rechnen wir mit heutigen Preisen und Löhnen, die wie in Rußland, schlechter sind als die im April, und nehmen wir auch nur einen Monatslohn von 15 000 M., so könnten wir dafür noch kaufen über 1600 Pfund Roggenbrot, 30 Zentner Kartoffeln und über 100 Pfund Rindfleisch. Natürlich ist auch das jämmerlich im Vergleich zu Löhnen und Preisen der Vorkriegszeit, aber der Vergleich läßt doch wahrlich nicht zur Nachahmung russischer Methoden mit der Aussicht, zu russischen Zuständen zu kommen!

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Erhöhung der Geldbeträge in der Unfallversicherung.

Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Erhöhung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung vom 12. September 1922 wird in der Unfallversicherung die Grenze für die Zwangsversicherung der Betriebsbeamten von 150 000 M. auf 300 000 M. des Jahresarbeitsverdienstes erhöht.

Die sogenannte Dreifachgrenze, bis zu der bei der Berechnung der Unfallrente der volle Jahresarbeitsverdienst anzurechnen wurde, ist von 36 000 auf 90 000 M. heraufgesetzt worden. Fortan darf also für alle Unfälle, die sich nach dem 31. August 1922 ereignet haben, erst der 90 000 M. übersteigende Betrag des Jahresarbeitsverdienstes nur zu einem Drittel angerechnet werden.

Das Mindestalter herab, das die Berufsgenossenschaft für einen Gefertigten zahlen muß, beträgt jetzt 3000 statt 1000 M. Wenn die Jahresrente aus der Unfallversicherung nur 1200 M. oder weniger beträgt, muß sie in vierteljährlichen Beträgen im voraus gezahlt werden. Bisher mußte dies geschehen, wenn sie 600 M. oder weniger betrug.

Die Verordnung trat mit dem Tage der Verkündung, also am 15. September 1922, in Kraft. Nach den erhöhten Beträgen werden nur die Unfälle entschädigt, die sich nach dem 31. August 1922 ereignet haben oder ereignen werden. Dabei sind die vor dem Inkrafttreten der Verordnung bezogenen Entgelte nach neuen Vorschriften zu berücksichtigen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Angelernte Arbeiter genug im Bergbau.

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung erließ an die ihm unterstellten Organe eine Bekanntmachung, wonach der Bedarf an angelernten Bergarbeitern für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau in den letzten Tagen fast zurückgegangen ist und Zuweisungen von Arbeitskräften dortin nicht mehr erfolgen sollen.

Die „Rote Fahne“ benutzt natürlich auch diese Meldung, um dem verhassten Bergarbeiterverband eins auszuwichen. Das Blatt schimpft auf die Sozialdemokraten, die Ueberführten im Interesse der Unternehmer propagierten. Die Unternehmer möchten nur an billige Produktion und nicht an technische Verwaltung der Werke. Jetzt würden bereits Arbeitskräfte im Bergbau überflüssig.

Die armen Leute an der „Roten Fahne“ können natürlich nicht wissen, daß dem Bergbau mit angelernten Arbeitskräften natürlich nicht gehindert ist. Solange die Bergleute fehlen, da der Souveränitätsstreik gegenüber 1913 im Ruhrgebiet von 51 auf 37,6 zurückgegangen ist. Das trotz des Blatts natürlich nicht begreifen, auch wenn man's ihm schwarz auf weiß gibt!

Aus der Tarifpraxis.

Ueberführtenbeschuß in Oberhesseln.

Am 18. September versammelten sich die Vertrauensleute des bei Deutschland verbleibenden Teiles Oberhesseln, um zur Ueberführtenfrage Stellung zu nehmen. Teilgenommen haben an der Konferenz Delegierte aller vertragschließenden Organisationen. Die gefasste Entscheidung lautet:

- 1. Die Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Bergleute Oberhesseln, die am 17. September 1922 im Gewerkschaftshaus in Jahrborge-Grabenburg stattfand, erklärt, daß sie bereit ist, einem Ueberführtenabkommen zuzustimmen. Zu dieser Entscheidung werden die Vertrauensleute und Betriebsräte bestimmt durch das dortüberliegende Wirtschaftsleben und die dadurch bedingte Notlage. Aufseher von Arbeitbrüdern. Sie sind jedoch der Auffassung, daß sie nicht allein Opfer zu bringen haben, sondern erwarten, daß auch die Grubenverwaltungen der Not der Zeit Rechnung tragen. Bisher war das in keiner Weise der Fall. Die verfassungsmäßigen Vertrauensleute und Betriebsräte fordern daher, daß erst folgende Forderungen des Bergarbeiters bewilligt werden:

- 5. Gewährung des Rechtes der Organisationskontrolle auf den Werken.
 - 6. Anerkennung des Streiks auf der Höhenzonenstraße als gesetzmäßig.
 - 7. Sofortige Einführung der zweiten Förderschicht auf allen Werken, insbesondere auf denjenigen, auf denen bisher zu zwei Schichten gefördert wurde.
- Falls diese beschiedenen Forderungen bewilligt werden, die in anderen Betrieben zum größten Teil bereits eingeführt sind, so werden die Organisationsvertreter ermächtigt, ein Ueberführtenabkommen nach weislichem Muster abzuschließen.
- Diese Entscheidung wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die deutschen Gewerkschaften.

Der gewaltige Mitgliederzuwachs in den deutschen Gewerkschaften seit der Revolution ist keine vorübergehende Erscheinung geblieben, sondern eine dauernde Tatsache geworden. Das ist ein erfreuliches Ergebnis der Mitgliederbewegung der letzten drei Jahre. Die neuesten Feststellungen ergaben am Schluß des 2. Quartals 1922 einen Mitgliederbestand von insgesamt 7 979 231, darunter 1 694 538 oder 21 Prozent weibliche Mitglieder. Gegenüber dem Stande am Schluß des 1. Quartals bedeuten diese Ziffern eine Zunahme bei den Männern um 38 963 und bei den Frauen um 46 263. Die Zunahme der Zahl gemeinschaftlich organisierter Frauen liegt also verhältnismäßig stärker als die der Männer.

Von den 49 dem DGBS. angeschlossenen Gewerkschaften hatten die zehn größten Zentralverbände allein einen Gesamtmitgliederbestand von 6 232 461 = 78 Prozent sämtlicher Mitglieder. Und zwar zählten:

Metallarbeiter	1 606 166	Bauarbeiter	542 035
Fabrikarbeiter	724 861	Eisenbahner	431 452
Textilarbeiter	715 843	Holzarbeiter	429 911
Landarbeiter	626 160	Bergarbeiter	117 218
Transportarbeiter	566 447	Gemeinde- u. Staatsarbeiter	290 436

Die 1 694 538 weiblichen Mitglieder verteilen sich auf 30 Gewerkschaften, von denen die nachstehenden zehn Verbände mit dem größten weiblichen Mitgliederstande allein insgesamt 1 420 918 oder 84 Prozent aller weiblichen Mitglieder hatten:

Textilarbeiter	475 269	Selbständigen	83 010
Fabrikarbeiter	205 308	Bauhilfen	70 122
Metallarbeiter	172 461	Transportarbeiter	56 155
Landarbeiter	149 311	Gemeinde- u. Staatsarbeiter	32 600
Landarbeiter	105 030	Schuhmacher	10 621

Wert Gothein hinaus!

Aus der demokratischen Reichstagsfraktion nämlich. Wer das verlangt? Demokratische Arbeiter! Der Bergarbeiter vom 22. September, das Organ des D. T. Bergarbeiterverbandes, stimmt in äußerst scharfer Weise Stellung gegen einen Artikel des Herrn Gothein im „Berliner Tageblatt“, in dem er sich mit Bergarbeiterfragen beschäftigt. Herr Gothein ist persönlich sicher ein anständiger Mann. Als er Reichsminister wurde, legte er seine mehr als zwei Dutzend Vorkriegsbesitzungen nieder, weil ihm diese Tätigkeits mit der eines Reichsministers unvereinbar schien. Als später die Ministerhaftigkeit zu Ende ging, fing Herr Gothein an, wohl aus Ehrgefühl, zu schreiben. So wurde er das Schreckensbild für vernünftige Leute in seiner Partei, denn lebendig, wenn er schreibt, verzapft er handeltene, altschöne Wankelherzigkeit, die zur neuen Zeit ganz wie die Haut aufs Auge. Das „Berliner-Untersee-Blatt“ verweist darauf, was die Gewerkschaften für die Hebung der Produktion getan haben, und sagt gegen Gothein:

„Um aber Herrn Gothein den Erfolg seiner journalistischen Arbeit zu ermöglichen, sind wir gern erdödig, ihm Gelegenheit zu geben, seine Theorie in die Praxis umzusetzen und zwar in den diesbezüglichen Versammlungen. Dort würden die Moralpredigten des Herrn Gothein einen viel größeren Erfolg zeitigen als im „Berliner Tageblatt“ und, was uns sehr erwünscht wäre, wir könnten ihm unsere Meinung speziell über die Arbeitsleistung der Bergarbeiter sowohl, als auch über die Schichtdauer im Bergbau persönlich sagen. Da wir aber aus naheliegenden Gründen annehmen müssen, daß Herr Gothein unser Angebot ablehnt, so wollen wir wenigstens an dieser Stelle sagen, was bezüglich der Angriffe gegen die Bergarbeiter pflichtgemäß gesagt werden muß.“

Das Blatt zitiert dann, wie Gothein verlangt, daß das Volk seine Lebensführung auf die Hälfte herabsiehe, und schreibt dazu:

„Herr Gothein verlangt also, daß die Arbeiter, die er sehr „geschwächelt“ als „Vornach“ bezeichnet, nur noch halb so viel und halb so gut essen dürfen, als in der Zeit vor dem Kriege. Schön! Wie soll nun ein Arbeiter, ein Bergarbeiter mit nur halb und vielleicht dritteln Lohnes gefülltem Magen das leisten, was er vor dem Kriege geleistet hat? Doch das nicht möglich ist, wird auch Herr Gothein zugeben müssen, oder, um mit ihm selbst zu reden: Das ist so einfach, so zwingend logisch, daß man annehmen sollte, auch das größte auf zwei Seiten herumlaufende Vornach müßte es einsehen.“

Herr Gothein orakelt dann weiter über die Arbeitszeit im Bergbau und die Notwendigkeit von Ueberführten. Dazu sagt das „Berliner-Untersee-Blatt“:

„Wenn Herr Gothein zu bestimmen hätte, dann müßten die Untertagearbeiter im Steinkohlenbergbau anstatt 7 wieder 8½ Stunden arbeiten. Dem diesen Wunsch kann man zwischen seinen Beinen deutlich lesen. Uebrigens beträgt die Schichtdauer im Steinkohlenbergbau nicht durchweg 7, sondern zum Teil, wie z. B. in Oberhesseln, 7½ Stunden. Aber ganz abgesehen davon, sollte man eigentlich von Herrn Gothein, der doch als früherer Bergarbeiter im Bergbau immerhin etwas versteht, erwarten, daß er gegen die Steinkohlenindustrie im Steinkohlenbergbau kein Wort verlieren würde. Denn jeder vernünftige Mensch, der von diesen Dingen etwas versteht, weiß, was es heißt, sieben Stunden unter Tage, umgeben von allerlei Gefahren für Gesundheit und Leben, angezerrt arbeiten zu müssen, und daß daher die Steinkohlenindustrie durchaus berechtigt ist.“

Das Blatt bespricht weiter die Ursachen des Förderrückgangs und schließt bemerkenswert mit folgenden Sätzen:

„Ueberhaupt vermögen wir den Zweck des Gothein'schen Artikels nicht recht zu erkennen. Wem will er denn damit dienen? Vielleicht unserer Volkswirtschaft? Wir glauben weder das eine noch das andere. Denn durch eine beratige oberflächliche Behandlung einer Materie ist uaherer Wirklichkeit kein Dienst erwiesen. Und die Bergarbeiter? Nun, die werden für Herrn Gothein's Reden besten danken!“

Nach alledem will es uns sehr zweifelhaft erscheinen, ob ein Mann mit solchen Ansichten noch länger Platz finden kann in der demokratischen Reichstagsfraktion. Darüber zu entscheiden ist ja letzten Endes Sache der demokratischen Partei, der wir nur empfehlen können, die Entscheidung kundlich bald zu treffen.“

Wir haben das „Berliner-Untersee-Blatt“ so ausführlich zitiert, weil seine Ausführungen wertvolles Material aus demokratischen Kreisen gegen kapitalistisch orientierte „Demokraten“ darstellten. Wenn allerdings die „Berliner-Untersee-Blatt“ Bergarbeiter glauben, daß ihr Appell an die demokratische Reichstagsfraktion Erfolg hätte, so sind sie schief gewickelt. Die Leute, die wirtschaftspolitisch so eingeleitet sind wie Gothein, sind die Ausschlaggebenden in der demokratischen Partei, und sie werden nicht daran denken, Gothein anzuschließen. Wollen die „Berliner-Untersee-Blatt“ Arbeiter ihre Interessen vertreten sehen, dann müssen sie sich schon andere Parteien anschauen.

Internationale Rundschau.

Robert Smilie,

der drei Jahre Präsident der britischen Bergarbeiterorganisation war, ist als Präsident an den schottischen Bergarbeiterverband (National Union of Scottish Mine Workers) zurückgekehrt, dem er früher schon zwanzig Jahre vorstand.

Knapptätigkeit.

Ueberordentliche Generalversammlung der Bismarckhütte.

Die am 11. September stattgehabene Generalversammlung der Bismarckhütte hatte sich mit Beschlüssen über die Bismarckhütte beschäftigt. Die am 11. September stattgehabene Generalversammlung der Bismarckhütte hatte sich mit Beschlüssen über die Bismarckhütte beschäftigt. Die am 11. September stattgehabene Generalversammlung der Bismarckhütte hatte sich mit Beschlüssen über die Bismarckhütte beschäftigt.

einberufen liegen. Das hatte zur Folge, daß die von den Arbeitern gestellten Forderungen einen Tag zu spät in der Zeit der Fortschritten gelangten und deshalb die Unternehmervertreter die Behandlung dieser Forderungen ablehnten. Die Arbeiter verließen darauf die Versammlung. Durch dieses Verhalten der Arbeiter gaben die Unternehmervertreter nach, so daß die Verammlung am 11. September stattfinden konnte. Neben den durch das Gesetz bedingten Satzungsänderungen wurden noch folgende Änderungen beschlossen:

§ 15 Ziffer 2 erhält folgenden Zusatz: „Jede ein Mitglied länger als 14 Tage krank, so kommen seine Beiträge nicht in Anrechnung.“ Im § 17 letzter Absatz wird „nicht“ durch „auch“ ersetzt. Die monatlich betragende Forderung der Beiträge wurde auf 3 M. festgesetzt. Die Steigerungssätze zur Berechnung der Rente wurden, und die unterliegenden Rente für alle Dienstjahre auf 3 M. festgesetzt. Den Antrag, die Steigerungssätze auf 6 M. festzusetzen, lehnten die Arbeitgeber ab. Die den Witwen gemäß § 42 gewährte Rente von 30 Prozent der Inbaltenrente wird zukünftig 60 Prozent betragen. Die nach § 47 zu zahlenden Begräbnisbeiträge werden auf das Dreifache des jetzigen Betrages erhöht. Die nach § 48 den Inbalten gewährte ausgeübte Krankenrente wird auch auf die Witwen und Waisen ausgedehnt. Die Beiträge zur Pensionstafel sind für die Klasse I der allgemeinen Abteilung auf 40 M. festgelegt worden. Voll- und Halbwitwen waren vom Bezuge der Kriegs- und Halbwitwen ausgeschlossen. Dieser Ausnahmestand ist durch die Generalversammlung beseitigt worden.

Wenn auch der Erfolg uns keineswegs befriedigt, so beweist er doch, daß die Arbeiter durch geschicktes und zähes Vorgehen imstande sind, den Arbeitgebern Zugeständnisse abzurufen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Un unsere Mitglieder!

Anlässlich der kommunikativen Agitation für einen von den Gewerkschaften nicht legalisierten Betriebsratskongress verweisen wir unsere Mitglieder auf den Beschuß der Generalversammlung in Gießen, in dem es heißt:

„Die Generalversammlung bekämpft die Beschlüsse dieser Konferenz (vom 14. bis 17. Januar 1921 in Berlin) ausdrücklich als zu Recht bestehend. Nach diesen Beschlüssen stellen sich diejenigen Mitglieder außerhalb des Verbandes, welche 1. an der Bildung von „Reinzelnen“ oder „Fraktionen“ innerhalb des Verbandes beteiligt sind oder zu fördern; 2. an Konferenzen teilnehmen, die von irgendwelchen Parteigängern, seien es kommunikativen oder andere, einberufen und gegen unseren Verband gerichtet sind.“

Wir warnen unsere Mitglieder dringend, an der Vorbereitung dieser Konferenz oder an der Konferenz selbst teilzunehmen. Für uns kommen nur Konferenzen und Kongresse in Frage, deren Beschlüsse von unseren ordnungsmäßigen Gewerkschaftsleitungen beschlossen sind. Es ist insbesondere auch unzulässig, an Bezirks- oder Ortskongressen teilzunehmen, welche die kommunikativen Betriebsratskongressen oder andere wilde Konferenzen zu verwenden. Zuwiderhandlungen gegen die Generalversammlungsbeschlüsse ziehen die im Statut vorgesehenen Folgen nach sich.

Wir ermahnen unsere Mitglieder auch dringend, nicht auf die von kommunikativen Seite in Unmaß geführten Sammelkassen für den müden Reichsbetriebsratskongress zuzugreifen.

Bismarck, 22. Sept. 1922. Der Vorstand.

Kamerad Max Jung

aus der Zählstelle Dortmund III blickt am 1. September d. J. auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbands zurück. Die Zählstelle spricht dem erprobten Kameraden ihre Glückwünsche aus.

In Kabbod

lassen sich große Teile der Arbeiterklasse von ausgemachten Konkursisten an der Nase herumführen. Die Sache ist als ein radikaler Mist bekannt. Um diesen „Kuhm“ zu erhalten, suchen sich Unionsisten und Syndikalisten bemühen, von Zeit zu Zeit einen Beweis für ihren Radikalismus zu erbringen. Gelegenheit bot hierfür das Ueberführtenabkommen. Schon am ersten Tage begann man mit der Aktion, indem man Unwahrscheinliches über die Schichtdauer verbreitete. Die Falschheit trat in dem Streik, worauf die Grubenverwaltung durch den Betriebsrat herbeigeholfen, daß die Arbeiter nach der regelmäßigen Schicht ausfahren können. Die „Rote Fahne“ verwarnte jedoch im Streik und verlangte in einer Ueberführtenabkommensversammlung nochmals Garantie. Unser Vertrauensmann Fröbe wurde in dieser Versammlung niedergebührt. (Wittert doch alle unsere Mitglieder den Mist, in solchen Versammlungen gegen die Kameraheit aufzutreten, auch auf die Gefahr hin, niedergebührt zu werden!) Die Zeit wird ihnen doch recht geben! Der Streik wurde zunächst auf 24 Stunden proklamiert. Inzwischen machte die Rote durch Anschlag bekannt, daß die alte Zeitschichtordnung wieder eingeführt sei. Der unantastbare Betriebsrat wies die betürwortete Forderung wieder die Unfahrt. Am nächsten Tage stellte jedoch eine neue Ueberführtenabkommensversammlung folgende Forderungen auf: Bezahlung der Ueberführten, Nichtanrechnung des Streiks auf den Urlaub und — Forderung! Der Streik sollte bis zur Erfüllung dieser Forderungen mit aller Schärfe geführt werden. Nach dem diese Forderungen und der Streik beibehalten waren, führten am nächsten Morgen die Ueberführten mit ihr die Aktion wieder an! Soll nun ein verantwortungsbewusster Mensch solche Aktionemacher und solche „Motte“ ernst nehmen, soll er etwa seine Tätigkeit nach solchen Menschen einstellen? Gleichfalls in Kabbod nahmen diese Aktionemacher eine

Prüfung der Fleischpreise bei Schnaps, Bier und Würstchen

vor. Das kam so: Eine Protestversammlung wählte eine Kommission, welche eine Verabreichung der hohen Preise bewirken sollte. Nach Rücksprache mit dem Ammann bewirkte dieser eine Ausdrache mit den Geschäftsführern. Diese gaben ein Versprechen ab, daß sie die Preise nach dem Hamborner Muster herunterziehen wollen. Das Versprechen ließ jedoch einen schließlichen Erfolg vermissen, worauf der Syndikalistenhaupteingeweihter die Drohung aussprach, daß, falls es nicht besser würde, einer unter den Eichen aufzuhängen werden müsse. Das wirkte kolossal. Schon am nächsten Tage verhandelte die Kommission im Beisein des Wirtes Willmann mit den Reggern über Verabreichung der Fleischpreise. In dieser Verhandlung stellte die Kommission fest, daß die Fleischpreise doch eigentlich nicht zu hoch seien; wenigstens hat man nichts mehr von den Radikalen über die zu hohen Fleischpreise gehört.

Aber etwas anderes bekamen die geschäftlichen Arbeiter von Kabbod zu hören. Diese Verhandlung zwischen den „Revolutionären“ und Reggermeistern verlief nämlich sehr gemütlich. Man unterließ sich weniger über Fleischpreise, probierte doch einiger der Wirtes Biere, Schnaps und tranfrierter Würstchen. Als gegen Abend die Frau des Schäfer berückelt, um ihren Mann zur Schicht zu ermahnen, meinte der Regger Reinhardt: „Ach was, heute geht Ihr Mann nicht zur Schicht, heute schläft er bei Ihnen; die Schicht bezahlt ich!“ „Oh — es ist doch recht schön von einem Regger, wenn er einem Maulredaktionär das Ueberführten verüben will; schade nur, daß das Mittel nicht diesem edlen Zweck, sondern der Erhöhung der hohen Fleischpreise dienen sollte und auch gebietet hat. Die Aktion vorher gefasst, hielten die radikalen Kalkülirer anstandslos und beim Geschmauch der Schnaps, Bier und Würstchen statt auf den Hüden und taten das Volk verraten. Und so endete diese Aktion, diese unrevolutionäre Tat damit, daß die Regger die über 3000 M. betragende Forderung bezahlten und dem Revolutionärhaupteingeweihter noch etwa 600 M. auszuhändigen. Die Fleischpreise bleiben bestehen. Die Regger haben ohnehin schon ein großes Opfer gebracht, indem sie sich bei der Bewirtung der radikalen Maulkellen nicht zu Inauferig zeigten.

Und nun, ihr Kameraden von Kabbod, wie denkt ihr euch zurecht? Wollt ihr euch euer Leben lang von solchen Konkursisten an der Nase herumführen lassen? Wie oft haben euch diese Schwabranure schon geschädigt, ihr habt euch von diesen Hohlköpfen aufschneiden lassen, seid ihnen nachgelaufen, habt manchen Schichtverdienst verloren, habt euch und eure Familien geschädigt, habt euch immer wieder von den zum Betrug neigenden Kerlen anlügen lassen... Soll das so weiter gehen? Wann findet ihr den Mut, euch als überzeugte freie Gewerkschaftler zu bekennen, zu organisieren und den Sozialisten

